

Pressemitteilung

World Future Council: Parlamentarische Hearings für neues Unternehmensrecht

Hamburg, 31.03.09. Der World Future Council (WFC) schlägt einen radikalen Kurswechsel in der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik vor, der weit über die vom kommenden G20-Gipfel zu erwartenden Schritte zur Bekämpfung der Finanzkrise hinausgeht. So bereitet der WFC zusammen mit Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft parlamentarische Hearings für ein neues Aktien- und Unternehmensrecht vor, das Eigentümer für die gesellschaftlichen und ökologischen Schäden verantwortlich macht, die ihr Unternehmen anrichtet. Teil dieses neuen Regelwerks ist, das Gehalt von Vorständen auf das höchstens 25-fache des am schlechtesten bezahlten Mitarbeiters eines Unternehmens zu beschränken. „Denn in keinem Unternehmen hängt der Erfolg allein vom Vorstandschef ab“, sagte WFC-Gründer Jakob von Uexküll zum Abschluss einer Tagung von WFC-Ratsmitgliedern und hochrangigen internationalen Wirtschaftsexperten am vergangenen Wochenende in Ägypten.

„Internationale Vereinbarungen über die Pflichten und Rechte von Unternehmen, wie es sie beim Patentschutz längst gibt, sind überfällig“, betonte WFC-Ratsmitglied Olivier Giscard d'Estaing, Gründungsdekan und Generaldirektor der französischen Eliteschule Insead. „Wir brauchen jetzt eine Wirtschaft, die den Menschen und dem ganzen Planeten dient“, sagte WFC-Ratsmitglied Ibrahim Abouleish, Gründer des nachhaltigen ägyptischen Unternehmens Sekem und Gastgeber der Tagung „Saving People and Planet: Developing Policies for Future Finance and Investment“, zu deren Teilnehmern die amerikanische Bestsellerautorin und Aktivistin Frances Moore-Lappé und die deutsche Währungsexpertin Professor Margrit Kennedy gehörten.

Die Finanzkrise bietet nach Einschätzung des WFC die einmalige Chance für einen grünen Strukturwandel der Wirtschaft, der die globalen Probleme des Klimawandels und der Armut löst und Millionen neuer Arbeitsplätze schafft. Statt mit Milliarden von Euro an neuem Geld das Bankensystem zu stützen, sollten Staaten diesen Strukturwandel finanzieren. Und statt wie bisher vor allem die Einkommen von Arbeitnehmern zu besteuern, sollten sich Abgaben an Umweltschäden und Ressourcenverbrauch orientieren, was neue Arbeitsplätze schaffen und den grünen Strukturwandel fördern würde.

Staatsgarantien für Unternehmen, etwa in der Automobilindustrie, sollten an die Entwicklung umweltschonender Technologien gekoppelt werden. Die Rettung bankrotter Banken müsse an die Bedingung geknüpft werden, dass sie Kredite für nachhaltige Projekte vergeben, sagte von Uexküll. „In der Aufsicht dieser Banken müssen Unternehmer, Vertreter der Zivilgesellschaft und Parlamentsabgeordnete ein Vetorecht haben, um sicherzustellen, dass die Banken dem Interesse der Allgemeinheit dienen und nicht nur ihren eigenen Gewinn maximieren“, sagte von Uexküll.

Um die Spekulation auf den Finanzmärkten auf einfache Weise einzudämmen, sollte die Rechtssicherheit bei spekulativen Finanztransaktionen aufgehoben werden. Diese Geschäfte sind

dann zwar auch künftig erlaubt, doch die Vertragspartner können im Schadensfall ihr Recht nicht vor Gericht einklagen. „Zudem sollten kleinere, weniger gewinnorientierte Banken, die sich an diesen spekulativen Geschäften nicht beteiligen, gefördert werden“, sagte Stefan Biskamp, Finanzexperte des WFC. „Sie sollten von bürokratischen Lasten befreit werden und im Gegenzug zur vollständigen Transparenz ihres Kreditgeschäfts und ihrer Refinanzierung verpflichtet werden.“

Ratsmitglieder, Beiräte und Experten des WFC werden diese Politikvorschläge für ein neues Wirtschafts- und Finanzsystem in den kommenden Wochen aktiv in den Reformprozess einbringen.

Medienkontakt:

Anne Reis
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

World Future Council
Tel.: +49-40-30 70 914-16
E-Mail: anne.reis@worldfuturecouncil.org
www.worldfuturecouncil.org